

## Erklärung

### **Die Umstände aufarbeiten, die Bundestag und Bundesregierung zur deutschen Beteiligung am Nato-Jugoslawien-Krieg veranlassten!**

Die Nato hat am 24. März 1999 begonnen, Belgrad zu bombardieren. In 79 Kriegstagen wurden bei über 30 000 Luftangriffen in Serbien und im Kosovo neben militärischen Zielen auch 200 Fabriken, 190 Schulen, 50 Krankenhäuser, 50 Brücken, 5 Zivilflughäfen sowie zahlreiche Kraftwerke, Wasserversorgungseinrichtungen, Agrarbetriebe und Wohnhäuser zerstört; mehrere tausend Menschen wurden dabei getötet. Slobodan Milosevic hat seinen Terror an den Kosovo-Albanern in Folge der Nato-Luftangriffe drastisch verschärft und Hunderttausende vertrieben. Nach Beendigung der Luftangriffe reagierten nationalistische Kosovo-Albaner ihrerseits mit Vertreibungsterror an den Serben. Dadurch wurden alle Chancen für jeden Kompromissfrieden in absehbarer Zeit zunichte gemacht. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kosovo-Albanern und Serben dauern, auch zwei Jahre nach dem Krieg, weiter an. Es ist an der Zeit und wohl auch dringend erforderlich, die Vorgeschichte und die Folgen dieses Krieges nüchtern und kritisch aufzuarbeiten.

Die Bundesregierung hat aber die Beteiligung deutscher Soldaten am Krieg gerade damit legitimiert, "eine humanitäre Katastrophe im Kosovo" verhindern zu wollen.

Bundesverteidigungsminister Scharping hat durch seine Darstellung serbischer Gräueltaten in den Massenmedien, insbesondere der "Massaker" in Rogovo und Radcak, durch seine Behauptung über die Errichtung eines "serbischen KZs" im Fußballstadion von Pristina und über den "Hufeisenplan" der serbischen Armee die These der "humanitären Katastrophe" untermauert. Bundesaußenminister Fischer hat durch den Bezug auf Auschwitz die gesellschaftliche Zustimmung zum Nato-Bombenkrieg entscheidend erweitert.

Manche Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung haben, grade auf Grund dieser Darstellungen und um serbische Gräueltaten in letzter Minute zu verhindern, eigene pazifistische, politische und völkerrechtliche Bedenken zurückgestellt und die militärische Intervention der Nato akzeptiert. Seit dem Kriegsbeginn, heute vor zwei Jahren, sind jedoch erhebliche Zweifel am Wahrheitsgehalt der Behauptungen aus der Politik entstanden, mit denen die angebliche "humanitäre Intervention" begründet wurde. In zahlreichen Berichten von Presse, Funk und Fernsehen sowie in Büchern wurde der Bundesregierung vorgeworfen, Tatsachen verfälscht, Fakten erfunden und manipuliert, bestimmte Lageberichte eigener Behörden zurückgehalten und Aussagen der OSZE-Beobachter

unterdrückt und in voller Kenntnis von Tatsachen bewußt gelogen zu haben, um die Zustimmung der Bevölkerung zum Nato-Bombardement zu ermöglichen. Dieser Verdacht macht eine nüchterne, offene und umfassende Aufarbeitung aller Ereignisse und Fakten, die zum Krieg geführt haben, unumgänglich.

Deshalb

- fordern wir den deutschen Bundestag auf, zur Überprüfung aller Vorwürfe gegen die Bundesregierung umgehend eine unabhängige Untersuchungskommission aus anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einzusetzen, die sich auch mit der Rolle des Parlaments bei der Entscheidung für den Krieg beschäftigt;
- unterstützen und ermutigen wir die Medien, zur Aufarbeitung und zur Wahrheitsfindung ihren Beitrag zu leisten;
- rufen wir alle, die Gegner und die Befürworter der militärischen Intervention, zu einem offenen Dialog auf.

Eine weitere Verdrängung dieses einschneidenden Kapitels der jüngsten deutschen Geschichte beschädigt die Grundlagen unserer Demokratie.

**Presserechtlich verantwortlich:**

Mohssen Massarrat und Frank Uhe, c/o IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin

Zu den **ErstunterzeichnerInnen** gehören bereits:

Esther Bejarano, Prof. Dr. Andreas Buro, Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Prof. Dr. Dieter Lutz, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Bergrun und Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Friedrich Schorlemmer, Andreas Zumach.